

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/045(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 09.09.2008	KOBES Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen Gesundheitszentrum Hasselbachplatz, Breiter Weg 251, 39104 Magdeburg	16:30Uhr	19:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.07.2008
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationen
 - 6.1 Essenversorgung der Kinder in den Kindereinrichtungen - S0185/08
 - 6.2 Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung... - I0242/08
 - 6.3 Bericht über die Umsetzung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik...
_ I0253/08
- 7 Verschiedenes
 - 7.1 Vorbereitung Expertenhearing am 24.09.2008

Anwesend:

Vorsitzende/r

Huhn, Dagmar

Mitglieder des Gremiums

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Veil, Thomas

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

Geschäftsführung

Beier, Editha

Köppe, Yvonne

Ponitka, Heike

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Bork, Jana

Heendorf, Michael

Hildebrand, Jürgen Dr.

Sachkundige Einwohner/innen

Hausmann, Christian

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Huhn begrüßt alle AusschussmitgliederInnen, Gäste sowie die Gastgeberin von der KOBES, Frau Leidt. Sie bedankt sich herzlich bei Frau Leidt für die Möglichkeit, die heutige Ausschusssitzung in den Räumen der KOBES durchführen zu können.

Als Gäste sind heute zwei Studentinnen der Uni Magdeburg erschienen. Sie absolvieren derzeit ein Praktikum beim Amt 16 und dem Frauenzentrum Courage.

Frau Leidt stellt die KOBES kurz vor:

- Die Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen (KOBES) gibt es seit 1991.
- Damals handelte es sich um ein Bundesmodellprojekt. Hier konnten freie Träger Projekte vorschlagen. Die Caritas bekam für das Projekt KOBES zunächst für fünf Jahre den Zuschlag.
- Nach den fünf Jahren wurde dieses Projekt bis heute von der Caritas fortgeführt.
- Mittlerweile gibt es ca. 160 Selbsthilfegruppen in Magdeburg. Der größte Teil davon sind Selbsthilfegruppen für chronisch Kranke.

- Die zwei Hauptaufgaben der KOBES sind zum einen die Vermittlung von Bedürftigen ist eine Selbsthilfegruppe und zum anderen die Hilfe beim Aufbau einer neuen Selbsthilfegruppe (kostenlose Nutzung der Räume der KOBES).
- Es finden auch Gesamtgruppentreffen statt. Hier werden Themen besprochen oder über Themen informiert, die alle interessieren, z. B. Finanzierung.
- Die KOBES beteiligt sich jedes Jahr am 03. Oktober am Rathausfest.
- Es gibt zwei Mitarbeiterinnen. Frau Leidt (von Anfang an) und eine zweite Mitarbeiterin, die leider oft wechselt durch ABM usw.
- Die Krankenschwestern in den Arztpraxen sollen geschult werden, um das Angebot der KOBES an PatientInnen vermitteln zu können.
- Einen überwiegenden Teil der Finanzierung übernehmen die Krankenkassen.
- Die Stadt und der Caritas Verband sind ebenfalls an der Finanzierung beteiligt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.07.2008

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 08.07.2008 wird bestätigt.

Abstimmung: 3 / 0 / 1

4. Öffentliche Sprechstunde

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht in Anspruch genommen.

5. Beschlussvorlagen

6. Informationen

6.1. Essenversorgung der Kinder in den Kindereinrichtungen - S0185/08

Zu diesem TOP ist Frau Pawletko erschienen.

Sie bringt die Stellungnahme S0185/08 kurz ein.

Weiter sagt sie:

- Eine genaue Berechnung ist nur für Kinder im Alter von 0 – 6 Jahren möglich. Hier liegen konkrete monatliche Zahlen vor.

- Bei Schulen (Horte) ist dies schwer möglich.
- Es gibt auch Städte, wo nur Grundschulkindern bezuschusst werden.
- Sehr unbefriedigend ist, dass es in Bezug auf die „Freitische“ in den Schulen keinen Erlass vom Kultusministerium gibt.
- Eine Kostenübernahme über den Magdeburg-Pass würde voraussichtlich keine zusätzlichen Personalkosten verursachen.
- Die Eltern müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.
- Durch die vielen Diskussionen und der intensiven Auseinandersetzung mit diesem Thema sind alle (Erzieherinnen, Leiterinnen und Eltern) sensibilisiert. Auch Essenanbieter sind bereit, vorübergehend als Sponsoring Essen zu liefern.
- Insgesamt läuft es jetzt wesentlich besser in den Einrichtungen.

Die AusschussmitgliederInnen diskutieren angeregt:

- Ein Problem könnte sein, dass, wenn die Eltern das Geld im W-Höpfner-Ring abholen müssen, die Fahrtkosten zu hoch sind und die Eltern deswegen nicht kommen (können).
- Die Eltern sollten mehr einbezogen werden, z. B. mit Projekten in den Wohngebieten.
- Die Verantwortung der Eltern muss gestärkt werden.
- Ungleichheiten dürfen nicht zugelassen werden beim Essen.
- Die Eltern haben dadurch die Chance etwas für ihre Kinder zu tun.
- Dieses Problem wird sich weiter ausbreiten. Die Stadt muss einen Schritt machen. Es ist ein Anfang, dieses Zeichen zu setzen.

Abschließend empfehlen die Ausschussmitglieder die Möglichkeit 1 und nehmen die Stellungnahme S0185/08 zur Kenntnis (2 / 1 / 1).

6.2. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung... - I0242/08

Zu diesem TOP ist Herr Wrensch, Teamleiter im Bereich Arbeitsmarktpolitik/ Beschäftigungsförderung im Amt 50.2, erschienen. Er bringt die Information I0242/08 kurz ein.

Danach wird angeregt diskutiert.

Frau Paqué fragt: Wie gelangt man zu einem Verbrauchsbewusstsein bei den VerbraucherInnen? Welchen Anreiz zum „sparen“ gibt es? Gibt es Modelle?

Herr Wrensch antwortet, dass es keine Modelle gibt. Oft wird ein zu hoher Verbrauch auch zur Schuldenfalle für Hartz-IV-EmpfängerInnen. Es gibt einen gewissen Betrag, der einen eventuellen Mehrverbrauch abdeckt. Wenn dieser jedoch überschritten ist, muss die Differenz vom Regelsatz gezahlt werden.

Frau Paqué weist darauf hin, dass dann auch die steigenden Kosten den Bedarfen angepasst werden müssen. Die Pauschale muss den wirklichen Kosten entsprechen.

Frau Beier fragt, was mit den 4,8 Mio. EUR geschieht, die übrig sind? Könnte man dieses Geld für die Essenversorgung nutzen?

Herr Wrensch antwortet, dass dies leider nicht geht. Geplant war, dass die LH MD 18 Mio. EUR der Kosten trägt. Tatsächlich sind es aber 26 Mio. EUR.

Abschließend wird die Information I0242/08 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

6.3. Bericht über die Umsetzung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik... - I0253/08

Herr Wrensch bringt die Information I0253/08 kurz ein:

- Die Situation am Arbeitsmarkt ist tendenziell besser
- Die LH MD beteiligte sich mit 2,6 Mio. EURO an der Arbeitsmarktpolitik.
- Deutliche Absenkung der ABM und Erhöhung der MAE.
- Entlastung für den Arbeitsmarkt durch AQB und GISE mbH.
- Die Vermittlungsquote liegt bei ca. 13 % in 2008.

Herr Dr. Reichel fragt, was gegen den bestehenden Ingenieurmangel in Magdeburg getan wird? Gibt es hier Sondermaßnahmen für Förderungen oder Weiterbildungen?

Herr Wrensch antwortet, dass dies in der Zuständigkeit der ARGE liegt. Er wird diese Anfrage an die ARGE stellen und dem Ausschuss eine Information zukommen lassen.

Frau Ponitka fragt, warum durch die ARGE nur noch AB-Maßnahmen für eine Dauer von 8-9 Monaten vergeben werden?

Herr Wrensch antwortet, dass die Maßnahmen ge- bzw. verkürzt wurden. Die Leistungen zur Beschäftigungsförderung gem. § 16a SGB II wurden von den Arbeitgebern nur sehr gering in Anspruch genommen. Dadurch 3,1 Mio. EURO frei für MAE. Es gibt auch bereits einen Referentenentwurf SGB II, wonach ab Mitte 2009 ABM nicht mehr förderbar sein soll. Dann kommen vermehrt MAE zum tragen.

Herr Veil sagt dazu, dass der Städte- und Gemeindebund zu dieser Problematik angesprochen werden sollte, um dagegen vorzugehen oder anzugehen.

Die AusschussmitgliederInnen entscheiden sich dafür, eine entsprechende Anfrage an den OB zu stellen. Diese Anfrage wird Frau Huhn selbst stellen (wird dem Protokoll angefügt).

Weiter fragt Frau Ponitka, wie viele Frauen und Männer vermittelt werden konnten und in welche Branchen? Und das Jugendnetzwerk ist leider nach 4 ½ Jahren erfolgreicher Arbeit nicht verlängert wurden. Ist eine Weiterführung geplant?

Die erste Frage kann Herr Wrensch leider im Moment nicht beantworten, er fragt aber nach. Zur zweiten Frage antwortet er, dass eine Weiterführung bis jetzt nicht geplant sei. Es ist aber ein interessanter Ansatz dieses Thema noch einmal aufzugreifen.

Abschließend wird die Information I0253/08 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

7. Verschiedenes

7.1. Vorbereitung Expertenhearing am 24.09.2008

Frau Beier informiert kurz über den aktuellen Stand zum geplanten Expertenhearing am 24.09.2008 und verteilt als Informationsmaterial die „Leitlinien zur ambulanten Nachsorge suchtkranker und psychisch kranker StraftäterInnen der forensischen Kliniken im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe“.

Herr Veil berichtet über die junge Frau, die den FuG-Ausschuss im Frühjahr 2008 um Hilfe bat. Es ging um ihren Verlobten aus Afghanistan, dem die Einreise nach Deutschland nach vielen Versuchen und Bemühungen der jungen Frau verwehrt wurde. Herr Veil nahm mit verschiedensten Behörden Kontakt auf, um zu helfen und zu vermitteln. Mittlerweile wurde die junge Frau schwanger und ihr Verlobter konnte endlich nach Deutschland einreisen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn
Vorsitzende

Yvonne Köppe
Schriftführerin